

*ČSSR. Staat, Demokratie, Leitung. Dokumente. Ausgewählt, bearbeitet und eingeleitet von Wolfgang Lungwitz.*

Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1979, 406 S.

In 28 Dokumenten, die vollinhaltlich oder auszugsweise in deutscher Übersetzung wiedergegeben werden, wird die politisch-staatliche Ordnung und die planmäßige Leitung der Gesellschaft der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik dargestellt. Der Begriff Leitung wird in einem weiten Sinn verstanden, neben dem Staatsapparat und seinen vielfältigen Funktionen wird auch die Tätigkeit der gesellschaftlichen Organisationen und der Bereich der sozialisierten Wirtschaft einbezogen und damit der Tatsache Rechnung getragen, daß hier der Staat selbst Eigentümer des größten Teils der Produktionsmittel ist und selbst Wirtschaft treibt.

In der Einleitung wird vor allem die entscheidende Rolle der KPTsch und der Einfluß der Beschlüsse der Parteitage auf die Gesetzgebung unterstrichen, die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung sozialistischer Staaten herausgearbeitet und gezeigt, wie in den Gesetzen die Parteilinie ihren staatsrechtlichen Niederschlag gefunden hat. Während der Leser hier u. a. erfährt, daß durch die Verfassungsreform des Jahres 1968 52 Artikel der bisherigen Verfassung aufgehoben

wurden, wird nichts über den Umfang der zwei Jahre später vorgenommenen Verfassungskorrektur gesagt, von der immerhin 32 Artikel des Verfassungsgesetzes über die Föderation betroffen wurden. Mit der Formulierung, daß dadurch die Verfassung „weiterentwickelt und präzisiert“ worden sei (S. 21), ist sicher nicht das Wesentliche über das Verfassungsgesetz vom 20. Dezember 1971 ausgesagt, das vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet die 1968 erfolgte Dezentralisierung weitgehend rückgängig gemacht hat. Die mit Recht hervorgehobene große Autorität, die das Amt des Präsidenten der Republik genießt, geht vermutlich nicht auf den ersten „Arbeiterpräsidenten“ Klement Gottwald zurück, wie auf S. 28 behauptet wird, sondern dürfte ältere Wurzeln haben. Unrichtig ist die Behauptung, in der ČSSR bestehen heute fünf nicht-kommunistische Parteien; tatsächlich gehören je zwei Parteien der Tschechischen und der Slowakischen Nationalen Front an, insgesamt also nur vier.

90 v. H. des Buchumfangs nehmen die Textübersetzungen ein. Die Dokumente, die die heutige Lage in der ČSSR zum Inhalt haben, sind zu den Gruppen „Verfassung und staatliche Leitung“ und „Staat und gesellschaftspolitische Organisation“ zusammengefaßt, eine eigene Gruppe bilden die Dokumente zur geschichtlichen Entwicklung der Verfassungsgesetzgebung (seit 1945), vorangestellt sind die Dokumente über die KPTsch als die führende Kraft der Gesellschaft. Zum größten Teil handelt es sich bei den Dokumenten um Gesetze (Verfassungsgesetze, einfache Gesetze, Dekrete des Präsidenten der Republik, Regierungsverordnungen), es haben aber auch Texte Aufnahme gefunden, die nicht in der Gesetzessammlung verlautbart wurden, wie das Kaschauer Regierungsprogramm, die beiden Vereinbarungen der Tschechoslowakischen Regierung mit dem Slowakischen Nationalrat aus dem Jahr 1945, die Entschließung des Parteitags der KPTsch aus dem Jahr 1971, die Statuten der KPTsch, der Revolutionären Gewerkschaftsbewegung und des Sozialistischen Jugendverbandes u. a.

Als Redaktionsschluß wird der 30. Juni 1978 angegeben. Es fällt daher auf, daß die Verfassungsänderung vom 21. Juni 1978 über die Schulpflicht nicht mehr in die Übersetzung des Verfassungstextes eingearbeitet wurde.

Textkürzungen sind jeweils genau gekennzeichnet, die Texte sind im allgemeinen einwandfrei und gut lesbar übersetzt. Die Terminologie nimmt auf ein Leserpublikum der DDR Rücksicht: „Nationalunternehmen“ wird mit „volkseigener Betrieb“ wiedergegeben, die Ausdrücke „kraj“ mit Bezirk, „okres“ mit Kreis übersetzt. Eine Stichprobenweise Überprüfung ergibt, daß auf S. 314 der 5. Absatz des § 61 ausgelassen wurde und daß bei der Übersetzung des Verfassungsgesetzes vom 28. März 1946 die im Originaltext enthaltenen Hinweise auf das Amtsblatt der Londoner Exilregierung nicht mit übersetzt wurden. Nicht die Richtigkeit, sondern die Berichtigung von Entscheidungen regelt das Verwaltungsverfahrensgesetz (S. 319).

Uneinheitlich ist das Vorgehen bei der Übertragung des Buchstabens „ch“, der im tschechischen Alphabet auf h folgt. Wo sich der Gesetzgeber nicht der Ziffern, sondern der Buchstaben zur fortlaufenden Zählung bedient, entsteht für den Übersetzer die Schwierigkeit, ob er die Reihenfolge des tschechischen Alphabets übernimmt oder aber, dem deutschen Alphabet folgend, auf den Buchstaben h sofort i folgen läßt. Die erste Variante wurde auf S. 308 gewählt, die zweite auf S. 196

und 209, wodurch dem Benützer eine korrekte Zitierung der Gesetzesstelle nach dem tschechischen bzw. slowakischen Originaltext unmöglich gemacht wird.

Mißverständlich ist auch die Quellenangabe der Gesetze; hier wird zwischen der Numerierung der einzelnen Lieferungen („Stück“) der Gesetzessammlung und der laufenden Nummer, unter der die Rechtsnormen hier publiziert sind, nicht unterschieden, es werden aber auch Nummern angeführt (z. B. auf S. 243, 339), die weder der einen noch der anderen Zählung entsprechen. Auch wäre es wünschenswert gewesen, das Datum des Inkrafttretens der einzelnen Gesetze anzuführen, wo dies nicht bereits aus dem Gesetzestext eindeutig hervorgeht (z. B. S. 281).